

Niederschrift

Über die **Einwohnerversammlung** zur Vorstellung des
Baus einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge am **13.04.2015** im rechten Seitensaal
der Stadthalle in Brakel



Beginn: 19.05 Uhr
Ende: 21.15 Uhr

Bürgermeister Temme begrüßt als **Versammlungsleiter** alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger (insg. ca. 100, nur teilw. in der Anwesenheitsliste verzeichnet), die eingeladenen Ratsmitglieder, die Vertreter der Stadtverwaltung und der Presse sowie die Architektin **Frau Koßmann** aus Brakel.

Der **Versammlungsleiter** gibt einen Überblick zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen zu den voraussichtlich zu erwartenden Flüchtlingszahlen und leitet daraus die Erforderlichkeit dieser Einwohnerversammlung ab mit dem Hinweis, dass Anregungen und Kritik ausdrücklich erwünscht seien.

Es handele sich bei der Thematik um eine kommunale Pflichtaufgabe. Die Verteilung erfolge nach dem sog. Königsteiner Schlüssel. Das Land NRW habe demnach 21,2 % der Flüchtlinge aufzunehmen. Für Brakel bedeute dies ungefähr 100 weitere Personen. Da die Kapazitäten der Unterkunft in der „Brakeler Märsch“ wahrscheinlich schon Ende dieses Monats ausgeschöpft seien, bestehe dringender Handlungsbedarf. Für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge habe die Stadt Brakel nach Abzug der Kostenerstattungen durch Bund und Land für dieses Jahr 862.000 € ohne das noch zu bauende Wohnheim aufzubringen. Nach dieser Versammlung erfolge die entsprechende Beschlussfassung im Rat der Stadt Brakel.

Im Laufe der Veranstaltung betont der **Versammlungsleiter** mehrfach, die prioritäre Option sei zwar die Dezentralität bei der Unterbringung der Flüchtlinge, was teilweise gegriffen habe. Die Tücken jedoch lägen stets im Detail, sodass Möglichkeiten wieder entfallen müssten. Der Strom der Asylbegehrenden hingegen reiße nicht ab, und jede Woche seien zwei weitere Menschen aufzunehmen, die keinesfalls warten könnten. Daher appelliere er zur Einbringung geeigneter Liegenschaften.

Fachbereichsleiter Planen und Bauen, **Herr Groppe**, stellt die Standortwahl und Objektplanung vor dem Hintergrund der bestehenden Bauleitplanung vor und geht auf Neuerungen als Konsequenz aus dem Feuerwehrbedarfsplan ein, die verlangten, die Baukörper etwas nach Osten zu verschieben.

Frau Koßmann stellt als beauftragte Architektin die detaillierte Objektplanung zwischen Feuerwehrgerätehaus und DLRG-Vereinsheim vor. An den Personenzahlen vom maximal 130, die aufgenommen werden könnten, ändere sich durch die genannte Modifikation nichts, auch die Grundrisse blieben gleich. Die Technik- und Sozialräume befänden sich auf der Böschungsseite zum benachbarten Wohngebiet. Sie betont, die Fläche sei stets Gemeinbedarfsfläche gewesen, auf der sich nunmehr problemlos die Flüchtlinge unterbringen ließen. Es habe dabei

keine sukzessiv erhöhten Personenzahlen gegeben (Einwand Hrn. Seiberts), sondern der dritte Bauabschnitt sei immer mit dargestellt worden, um dem Rat das Maximum aufzuzeigen. Eine tiefere Errichtung der Gebäude sei zwar möglich, um eine „Podest-Wirkung“ zu vermeiden, doch koste dies erheblich mehr Geld.

Der **Versammlungsleiter** eröffnet die Diskussion/ Fragerunde. Hierbei wird im Wesentlichen Folgendes angesprochen:

Aus dem **Forum** heraus erfragt Herr Knies, wer die Kostenlast trage, was der Versammlungsleiter beantwortet. Dies sei die Stadt Brakel, eine Absicherung erfolge über Kredite.

Der Standort „Bökendorfer Grund“ wird als Alternative vorgeschlagen (Herren Sickmann, Seibert u.a.). Die räumliche Enge werde hier nicht so drastisch gesehen, es bleibe zudem mehr Platz um die Baulichkeit herum. Die Kosten dürften nicht die entscheidende Rolle spielen. Dies wird seitens der Verwaltung wie folgt beantwortet: Man habe lt. Auftrag des Rates nach der kostengünstigsten Lösung gesucht. Die Umsetzung am angesprochenen Standort sei mit 1,5-1,6 Mio € deutlich teurer als die vorgestellte Variante, zumal die Grunderwerbskosten hinzuträten.

Auf Anfrage äußert die Verwaltung, die angesprochene FH für Finanzen laufe als Landesprojekt bis 2017 und komme derzeit nicht in Betracht.

Es werden Gefahrguttransporte durch die Bahn angesprochen, die u.U. Gefährdungen mit sich brächten (Hr. Rokus). Dem Versammlungsleiter sei dies nicht bekannt und als Punkt bei Planungen in ähnlicher Lage bislang nie in den Raum gestellt worden.

Es würden ein zukünftiger sozialer Brennpunkt und Sicherheitsbedenken am beabsichtigten Standort gesehen (Herren Blanke, Lamers, Weskamp u.a.), da dort überwiegend junge Männer auf sehr engem Raum untergebracht werden würden. Dies wird seitens der Verwaltung wie folgt beantwortet: Man sehe keine solche Problematik; vieles werde herbeigeredet, gegen eine gute Sache polemisiert und polarisiert. Die Stelle eines ausschließlich für die Flüchtlinge abgestellten Sozialarbeiters sei Bestandteil der sozialen Fürsorge. Darüber hinaus beinhalte das Gesamtkonzept die Pflege und ggf. den Ausbau der seit Jahren sehr gut funktionierenden Ordnungspartnerschaft, die sich überwiegend mit anderen Dingen als den Asylbewerbern beschäftigen müsse. Es würden mitunter Ängste geschürt (Fachbereichsleiter Bürgerservice u. Ordnung, Hr. Loermann). Auch aus seiner Sicht gehe dem vorgestellten Standort eine differenzierte und schwierige Suche voraus. Hierbei seien lt. Verwaltung verschiedene Faktoren wie Siedlungsstruktur, Verfügbarkeit und Kosten berücksichtigt worden. Über Monate hinweg sei man zum Konsens mit der Politik gekommen, der Standort könne verfahrensbedingt erst zum jetzigen Zeitpunkt vorgestellt werden. Auch der Versammlungsleiter sehe die Objektplanung daher keineswegs als „vorgesetzt“ an. Der Leiter der Polizeibehörde Höxter (Hr. Albers) merkt an, Konfliktlagen entstünden stets auf engerem Raum, unabhängig von Herkunft und Gesinnung. Durch zwei junge Damen aus dem Forum angesprochene Belästigungen seien zwecks Überprüfung zu melden und ggf. zur Anzeige zu bringen, wenn Verdacht auf eine Straftat bestünde. Durch hinzutretende Autos von Besuchern oder eine Ausweitung der Verkehrsströme sehe er keine Gefährdung, da sich alle Beteiligten ordnungsgemäß zu verhalten hätten.

Das Grundstück hinter dem städtischen Friedhof hoch bis zum „Bökendorfer Grund“ wird als weitere Möglichkeit hinterfragt; die Verwaltung solle dies prüfen (Fr. Schaper).

Die Frage nach Lärmschutz wird aufgeworfen. Fachbereichsleiter Planen und Bauen, Herr Groppe, sagt hierzu, dass dahingehende Maßnahmen nach Gesprächen mit der Baugenehmigungs- bzw. Immissionsschutzbehörde beim Kreis Höxter nicht notwendig seien, auch aufgrund des günstigen Höhenversprungs zur benachbarten Wohnbebauung. Die Nutzungen passten zusammen.

Es wird ein Wertverlust sämtlicher in der Nachbarschaft gelegenen Grundstücke von ca. 10.000 € pro Einheit beklagt. Diese These, so der Versammlungsleiter, könne er nicht bestätigen.

Ein Gesamtkonzept für das Stadtgebiet für perspektivische 200-300 aufzunehmende Personen wird in den Raum gestellt.

Der Vorschlag seitens Ratsherrn Kochs, die Personenzahl an diesem Standort auf rd. 50 zu beschränken, wird vom **Forum** begrüßt.

Ratsherr Oeynhausen begegnet dem Vorwurf, Politik und Verwaltung hätten zur aus Sicht des Forums problematischen Unterbringung dieser Personenzahl konzeptionslos gehandelt, er habe in seiner Funktion einen Interessenausgleich anzustreben. Dazu habe es auch gehört, die Verwaltung zum Handeln zu befähigen. Man habe wohl 15 Standorte geprüft, auch andere Architekturbüros einbezogen und alles durchkalkuliert. Die besagte Objektplanung sei daher schwieriger als zunächst angenommen. Er sehe im zugrunde gelegten Konzept die Möglichkeit der Vermeidung eines sozialen Brennpunktes. Es bringe daher nichts, hierbei zu polarisieren. Es sei nach der erfolgten Kommunikation die nunmehr nötige Konsolidierung zu bewerkstelligen, sei es durch die Begrenzung auf max. 100 Menschen, Tieferlegung der Bauebene o.ä. Eine gemeinsame Lösung sei nur im Konsens mit den Anwohnern möglich. Jedenfalls habe Frau Koßmann als vertrauensvoll beauftragte Architektin eine hervorragende Arbeit geleistet.

Auch der **Versammlungsleiter** sieht als wichtige Punkte eine Begrenzung auf vielleicht 80 Personen sowie eine Verbesserung der Kommunikation untereinander und bittet die Anwohner, sich ggf. noch bis zur Ratssitzung an ihn zu wenden; allerdings sei am kommenden 21. April durch den Rat der Stadt eine Entscheidung zu treffen.

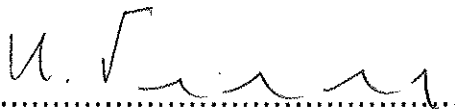
Ratsherr Wintermeyer wäht nun die Politik am Zuge. Eine Reduzierung und/oder Aufteilung auf andere Standorte wie angeklungen sei zu bedenken und einzubeziehen. Die Stadt habe die Verpflichtung, die Flüchtlinge auch baulich zu integrieren.

Ratsfrau Neu verstehe die Bedenken der Anwohner und könne der Reduzierung zwar etwas Positives abgewinnen, diese jedoch werde der unterzubringenden Personenzahl nicht gerecht. Eine fortwährende Suche nach weiteren Standorten wäre die negative Konsequenz.

Ratsfrau Hogrebe-Oehlschläger wehrt sich entschieden gegen den Vorwurf, es stünde hinter dieser Objektplanung kein Konzept. Man habe sich im Laufe der zurückliegenden Monate gemeinsam mit der Verwaltung sehr, sehr viele gezielte Gedanken gemacht.

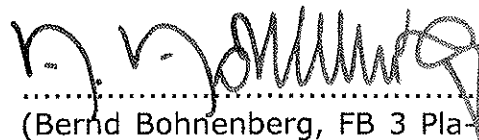
Der **Versammlungsleiter** ruft am Beispiel der ökumenischen Flüchtlingshilfe, die die Situation der Asylbegehrenden humanitär begleitet, die Anwohner dazu auf, sich weiter zu informieren und an der Integration mitzuwirken.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bedankt sich der **Versammlungsleiter** bei den Anwesenden und beendet die Einwohnerversammlung.



.....
(Hermann Temme, Bürgermeister)

Versammlungsleiter



.....
(Bernd Bohnenberg, FB 3 Plänen u. Bauen/ SG Plahoch)

Schriftführer

Anwesenheitsliste

Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NW

Bau einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge in Brakel

13.04.2015, rechter Seitensaal der Stadthalle in Brakel

lfd.Nr.	Name	Unterschrift
1	Pierre Anke	P. Anke
2	Daniela Anke	D. Anke
3	Birgit Fahrig	B. Fahrig
4	Rüdiger Fahrig	R. Fahrig
5	Theresa Lütke	T. Lütke
6	Thorsten Götz	Th. Götz
7	Witke - Cichke, Manfred	W. Cichke
8	Köhne, Michael	M. Köhne
9	Thomas Jewes	Th. Jewes
10	Schridder, Rudolf	R. Schridder
11	Lösche, F.J.	F.J. Lösche
12	Kurt Reintjes	K. Reintjes
13	Michael, Saelfeld	M. Saelfeld
14	Anne Brinkmann	A. Brinkmann
15	Harald Linde	H. Linde
16	Bianca Sofsky	B. Sofsky
17	Karole Sofsky	K. Sofsky
18	Wolfgang Keppe	W. Keppe
19	Olke Schledorn	O. Schledorn
20	Carsten Kachunian	C. Kachunian
21	Walori Jissen	W. Jissen
22	Kukuk, Philipp	P. Kukuk

lfd.Nr.	Name	Unterschrift
23	Kuhnk, Daniela	D. Kuhnk
24	Thukoll, Andreas	A. Thukoll
25	Hidias, Krämer	Krämer
26	Anne, Krömer	A. Krömer
27	Kleibnick, Stefan	Stefan
28	Göte, Peter	P. Göte
29	Bilzmann, Robert	R. Bilzmann
30	Bidemann, Andrea	A. Bidemann
31	Ch. Schaper-Jungmann	Ch. Schaper-Jungmann
32	Frank, Hermann, Peter	P. Frank
33	Kersten, Siebert	Siebert
34	Michael, Siebert	M. Siebert
35	Stefan, Woskamp	Woskamp
36	Andreas, Helms	Andreas
37	Anna, Beck	A. Beck
38	Olga, Wigel	Wigel
39	Helmut, Michael	H. Michael
40	Barndt, Alexander	A. Barndt
41	Goralski, Ralf	R. Goralski
42	Barndt-Goralski, Petra	P. Barndt
43	Christiane, Lemmens	C. Lemmens
44	Jana, Lemmens	J. Lemmens
45	Christian, Rüpe	C. Rüpe
46	Monika, Rüpe	M. Rüpe
47	Eva, Blauke	E. Blauke
48	Peter, H. van der	P. H. van der
49	Carsten, Schmidt	C. Schmidt

